

Schauen wir
nach vorn.

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**



Stammtisch in Weißenthurm

Liebe Liberale,

wir laden ein zur gemeinsamen **Liberalen Stammtischrunde** des
Verbandsgemeindeverbandes
Weißenthurm, sowie der Stadtverbände Bendorf und Vallendar, am
**Donnerstag, 22. Februar 2018 ab 19.00 Uhr im Hotel „Kaiser“ in 56220 Kettig,
Andernacher Straße 9**

Aktuelles aus der „großen Politik“, sowie Vorhaben, Probleme und Sorgen innerhalb der
einzelnen
Verbände, sollen besprochen und diskutiert werden.
Natürlich wird auch das gemütliche Zusammensein gepflegt und es wäre schön, viele
Teilnehmer an diesem Abend begrüßen zu dürfen.



Wer hat Interesse, mit zum CDU-Frühjahrsempfang zu gehen? Bitte kurz per Mail melden.

Wir laden recht herzlich ein zum

Frühjahrsempfang

Sonntag, den 04. März 2018, 15.00 Uhr
Berghotel Rheinblick
56170 Bendorf

Programm:

Begrüßung
Stadtverbandsvorsitzender Bernhard Wiemer

Reden
Landrat Dr. Alexander Saftig
Bürgermeister Michael Kessler

Gemütliches Beisammensein

CDU

FDP-Stadtverband

Vorsitzender Günther Bomm · An der Rothen Mühle 10 · 56170 Bendorf
Fon 02622-4964 · mobil 0177-7 000 918 · Email bomm@fdp-bendorf.de

Bank:

FDP Stadtverband Bendorf · IBAN DE69 5705 0120 0023 0026 86 · SWIFT-BIC MALADE51KOB






Hiermit laden wir Sie herzlich zu unserem 1. Neumitgliederseminar im Kreisverband Mayen-Koblenz ein.

- ☺ Lernen Sie uns und die Arbeit des FDP Kreisverbands Mayen-Koblenz kennen.
- ☺ Lernen Sie Ihre Ansprechpartner vor Ort in den Stadtverbänden, Verbandsgemeindeverbänden und Ortsverbänden kennen.
- ☺ Lernen Sie den Aufbau des Landesverbands und des Bundesverbands der Freien Demokraten kennen.
- ☺ Wir stellen Ihnen die mögliche Mitarbeit in den unterschiedlichsten Gremien der Partei vor.
- ☺ Erfahren Sie mehr, über die Mitarbeit bei den Julis.
- ☺ Gewähren Sie uns einen Blick in Ihre Vorstellungen von politischer Mitarbeit bei uns.
- ☺ Erarbeiten Sie mit uns Themen- und Projektvorschläge für die kommenden Monate.

Das Seminar findet statt,
am Freitag, den 16. Februar ab 18.30 Uhr
im Restaurant „Herzog zu Nassau“, Höherer Straße 1, 56179 Vallendar.

Wir freuen uns Ihnen, neben den Mitgliedern des Kreisvorstandes der Freien Demokraten, der Kreistagsfraktion, den Vorsitzenden der Gliederungen auch zwei unserer Mandatsträger im Land und im Bund vorstellen zu können. Einblicke in Ihre Arbeit im Bundes- und im Landtag gewähren uns:

- ☺ **Sandra Weeser, MdB und stellvertretende Landesvorsitzende der FDP Rheinland-Pfalz und**
- ☺ **Marco Weber, MdL und Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP Landtagsfraktion**

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie um eine Anmeldung bis zum 12.2.2018 zum Seminar unter der folgenden E-Mail-Adresse: susanne.rausch-preissler@fdp-myk.de. Wir freuen uns auf Sie, bis zum 16.2.2018 in Vallendar.

Herzlichst, für den FDP Kreisverband Mayen-Koblenz



Susanne Rausch-Preißler
Kreisvorsitzende FDP Kreisverband Mayen-Koblenz
Stv. Bezirksvorsitzende FDP Bezirksverband Koblenz

Besuchen Sie uns im Internet www.fdp-myk.de und auf Facebook www.facebook.com/FDPMYK

Freie Demokraten
FDP Kreisverband Mayen-Koblenz
c/o Susanne Rausch-Preissler
Talstraße 2 - 56729 Anschau
Handy: +49 160 90 100 467
E-Mail: susanne.rausch-preissler@fdp-myk.de

Zu diesem Neumitgliederseminar sind natürlich auch alle, die bereits schon lange Mitglied unserer Partei sind, herzlich eingeladen.

Diese Einladung reiche ich gerne weiter.

Leserbrief von Karl-Otto Hahn vom 24.01.2018

Den Bau eines Schienen-Güterverkehr-Tunnel zwischen Troisdorf und Wiesbaden halte ich schon seit geraumer Zeit für die einzig richtige Variante, das Mittelrheintal vom Schienen-Güterverkehr zu entlasten. Doch weder die dafür zuständige Bundesbehörde noch das besonders betroffene Land Rheinland-Pfalz und dessen Verkehrsministerium sehen das anders und befürworten als Lösung den Lärm mindernde Maßnahmen. Aktionen wie "Bahnlärm: Bürger sind gefragt" (RZ 24.1.18)

Hiermit wird der untaugliche Versuch unternommen Verantwortung zu zeigen ohne dass man sie wirklich wahrnimmt. Wie provinziell wir uns damit präsentieren, zeigt uns die Schweiz!

Hier hat man mit der Einzahlung einer Finanzaufgabe von 100 Mio. sfr den Weg bereitet für die Beratung eines Gesetzes, der ein gigantisches unterirdisches Tunnelobjekt für den Schienen-Güterverkehr, quer durch die Schweiz 450 km lang, vorsieht. Der Schienengüter-Verkehr der Zukunft in der Schweiz würde dann mittels computergesteuerter Shuttles erfolgen.

Das nenne ich zukunftsweisende und humane Verkehrspolitik!

Da können sich unsere Verantwortlichen mal "eine Scheibe abschneiden".

Wir schaffen es nicht einmal einen Flughafen zu bauen und genügend Parkplätze für den Straßen-Güterverkehr zu errichten! Armes Deutschland!

FDP-Stadtverband

Vorsitzender Günther Bomm · An der Rothen Mühle 10 · 56170 Bendorf
Fon 02622-4964 · mobil 0177-7 000 918 · Email bomm@fdp-bendorf.de

Bank:

FDP Stadtverband Bendorf · IBAN DE69 5705 0120 0023 0026 86 · SWIFT-BIC MALADE51KOB



Pressemeldung „Liberaler Stammtisch in Bendorf“



Am 17. Januar 2018 fand im Berghotel Rheinblick in Bendorf der erste Stammtisch des FDP Stadtverbandes Bendorf im neuen Jahr statt. Dazu hatten sich auch Mitglieder aus den angrenzenden Ortsvereinen, so aus Weißenthurm und Vallendar und der ehemalige Direktkandidat Florian Glock aus Hörh-Grenzhausen eingefunden. Besonders erfreulich waren auch die Anwesenheit des Bezirksvorsitzenden Alexander Buda und der stellv. Bezirksvorsitzenden und Kreisvorsitzenden Susanne Rausch-Preissler, sowie dem stellv. Bezirksvorsitzenden Prof. Martin Kaschny aus Lahnstein, worauf der örtliche Vorsitzende Günther Bomm in seiner Begrüßung und seinem Ausblick auf das vor uns liegende Jahr hinwies, zeigt es doch deren Interesse und Unterstützung der Basisarbeit.

Der Bezirksvorsitzende fasste dann das Wahlergebnis 2017 zusammen: Von den vier Wahlbezirken im Land hat der Norden die vergleichsweise beste Anzahl an Erst- und Zweitstimmen erzielt und damit die Wählerstimmen nicht nur gegenüber dem früheren Wahlergebnis wie in den übrigen Wahlbezirken verdoppelt, sondern sogar um 125 % übertroffen. Die Mitgliederzahl von knapp 850 Mitgliedern bei seiner Amtsübernahme überstieg zum Jahresende die Marke von 1.000. Im Hinblick auf die Landtagswahl 2019 wünschte er sich, die Umfragewerte zu steigern. Dazu gehört nicht zuletzt, dass die „geräuschlose und solide Zusammenarbeit in der Ampelkoalition“ in der Bevölkerung bewusst gemacht werden muss. Die FDP hat sich in der Regierungsarbeit nicht nur „als Stabilisator und Korrektiv“, sondern auch als „zuverlässiger Koalitionspartner“ erwiesen und bewährt. Um hierauf deutlicher hinweisen zu können, schlug der Bezirksvorsitzende vor, auch in Rheinland-Pfalz einen FDP-Generalsekretär zu ernennen. Dieser Gedanke sollte landesweit aufgegriffen werden.

Anschließend berichtete der ehemalige Direktkandidat unseres Bezirkes Florian Glock von seiner Wahl zum Bürgermeister im baden-württembergischen Magstadt. Die Einführung in sein Amt am 6. März 2018 mag den Parteifreunden ein Ausflug ins Badische wert sein.

Stadtratsmitglied Herbert Speyerer verwies auf die letztjährigen Anregungen im Stadtrat zum Kinderhort und auch im Übrigen auf den Auszug aus seiner Haushaltsrede.

Karl-Otto Hahn beklagte, dass sein Vorschlag, das Mittelrheintal vom Bahnlärm durch einen Tunnel im Westerwald zu entlasten und damit den angestrebten Erfolg des Landes bei einer Bewerbung um die Bundesgartenschau 2030 zu erhöhen, weder den Regierungsmitgliedern, noch nachrangigen Mitarbeitern eine Antwort wert war, geschweige dass sie sein Projekt diskutieren, obwohl mit der Eröffnung des St. Gotthard-Tunnels ein erheblicher Anstieg des Güterverkehrs auf der Bahn (30%) in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung politisch angestrebt werde.

Schließlich klang der Abend nach munter vorgestellten und diskutierten Überlegungen zu eventuellen Anträgen und Veränderungen auf Bundes-, Landes- oder Bezirksebene in gelöster Atmosphäre aus.

Schauen wir
nach vorn.

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**



Liberales
Argumente

Freie
Demokraten

im Landtag
Rheinland-Pfalz **FDP**

Gigaliner bringen ausschließlich Vorteile mit sich

Seit dieser Woche rollen die ersten „Gigaliner“ über die rheinland-pfälzischen Straßen. Dazu hat Verkehrsminister Dr. Volker Wissing am vergangenen Montag den Startschuss gegeben. Die Lang-LKW dürfen eine Länge von bis zu 25,25 Metern haben und fünf ausgewählte Strecken in unserem Bundesland befahren. Wir wollen mit ein paar Mythen aufräumen:

Sind Gigaliner schlecht für die Umwelt? – Nein!

Durch die Gigaliner können über 12.000 LKW-Fahrten und damit mehr als 150 Tonnen CO² eingespart werden.

Machen Gigaliner unsere Straßen kaputt? – Nein!

Das rheinland-pfälzische Straßennetz wird an LKW-Fahrten entlastet. Zudem ist das Gewicht der Gigaliner ebenso wie bei den herkömmlichen LKW auf 40 Tonnen limitiert. Durch zusätzliche Achsen reduziert sich die Belastung für die Straßen.

Vernichten Gigaliner Arbeitsplätze? – Nein!

Fakt ist: Die Unternehmen in Rheinland-Pfalz klagen über einen akuten Fachkräftemangel. Die Speditionen haben größte Schwierigkeiten in ihrer Branche Nachwuchs zu finden. Nicht eine einzige Person wird wegen der Lang-LKW ihre Arbeit verlieren.

Ist die Schiene viel verträglicher für die Umwelt? – Ja!

Aber die Gigaliner werden nur dort zugelassen, wo der Transport über die Schiene eben nicht möglich ist.

Erhöhen Gigaliner das Unfallrisiko? – Nein!

Das Gewicht der LKW bleibt gleich, während sich durch weitere Achsen und die entsprechenden Bremsen der Bremsweg verkürzt. Zudem dürfen Gigaliner nicht überholen. Die Verkehrssicherheit steigt.

Können Gigaliner alle Strecken in Rheinland-Pfalz passieren? – Nein!

Deshalb sind sie auch ausschließlich auf fünf ausgewählten Strecken zugelassen. Kandel-Wörth, Haßloch-Kandel, Frankenthal-Worms, Bobenheim-Roxheim-Grolsheim, Offenbach a.d. Queich-Petersberg.

FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz | Kaiser-Friedrich-Straße 3 | 55116 Mainz | Tel. 06131 / 208-3019
www.fdp-fraktion-rlp.de | info@fdp-fraktion-rlp.de |  FDP.Fraktion.RLP |  FDPFraktionRLP

FDP-Stadtverband

Vorsitzender Günther Bomm · An der Rothen Mühle 10 · 56170 Bendorf
Fon 02622-4964 · mobil 0177-7 000 918 · Email bomm@fdp-bendorf.de

Bank:

FDP Stadtverband Bendorf · IBAN DE69 5705 0120 0023 0026 86 · SWIFT-BIC MALADE51KOB




Schauen wir
nach vorn.

Freie Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**

WICHTIG!


Bitte vormerken!



24.02.2018
10:00 Uhr

Kreisparteitag FDP Mayen - Koblenz
Alter Bahnhof
Polch

Bitte merken Sie sich diesen Termin unbedingt vor!
Es wäre sehr schön, wenn wir mit einer großen Abordnung den Kreisparteitag besuchen könnten, denn dann hätten wir auch die Möglichkeit, einige Delegierte zum Bezirksparteitag zu entsenden. Da Neuwahlen anstehen, könnten wir dann ein gewichtiges Wort für unseren Wahlkreis mitreden.



10.03.2018
14:00 Uhr

Bezirksparteitag
Neuwied,
Landesschule für Blinde und Sehbehinderte

Bundestagswahl Wahlkampf (02.02.2018)

Politikaward für die Freien Demokraten

Für die Freien Demokraten war 2017 ihr entscheidendes Jahr. Der Weg dorthin war lang: Er führte über den Leitbildprozess, die Eisbrecher-Wahl und die Länderwende. Dann folgte die letzte Etappe auf dem Weg zur Bundestagswahl. Auf ihr lagen die Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Gekrönt wurde dieser Weg durch den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag - und nun auch durch Politikaward 2017 für die beste politische Kampagne. Die Jury begründete ihre Entscheidung mit der "radikalen Neuausrichtung" der FDP: "In einem Jahr, in dem das Denken der Vergangenheit so erfolgreich war wie nie, beweist die FDP, dass auch Neues Denken erfolgreich sein kann." Bundesgeschäftsführer Marco Mendorf bedankte sich beim Team der Freien Demokraten und gratulierte den Machern, die den Mut dafür hatten.

In der Bewertung der Jury heißt es: "In einem Jahr, in dem das Denken der Vergangenheit so erfolgreich war wie nie, beweist die FDP, dass auch Neues Denken erfolgreich sein kann. Ungekürzt und unverdichtet bringt die Kampagne die Arbeit von 3 Jahren radikaler Neuausrichtung in die Welt und mündet im Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Bundestag." Die Freien Demokraten waren in diesem Jahr auch mit ihrem Doofgedicht in der Kategorie "Kampagne mit kleinem Budget" nominiert. Auch der Landtagswahlkampf der FDP NRW unter dem Motto "Es geht um unser Land" wurde nominiert. In der Kategorie "Disruptive Kampagne" wurde gewürdigt, dass eine Partei mit dem kleinsten Budget das historisch beste Wahlergebnis bei der größten Landtagswahl erzielen kann

Schon beim Politikaward 2016 haben die Freien Demokraten gleich mehrere Preise eingeheimst. Sie waren fünfmal nominiert – und wurden dreimal geehrt. Allen voran Christian Lindner: Er erhielt die Auszeichnung als "Politiker des Jahres". Die Jury begründete ihre Entscheidung mit der führenden Rolle Lindners bei der Erneuerung der FDP. Als kämpferischer Redner habe er seiner Partei neues Profil und Selbstbewusstsein gegeben. Ein weiterer Grund zur Freude: In der Kategorie "Agentur des Jahres" gewann Heimat den Politikaward. Zudem wurde die Wahlkampfaktion der FDP Berlin zum Brexit in der Kategorie "Virale Kommunikation" ausgezeichnet. (ph)

FDP-Stadtverband

Vorsitzender Günther Bomm · An der Rothen Mühle 10 · 56170 Bendorf
Fon 02622-4964 · mobil 0177-7 000 918 · Email bomm@fdp-bendorf.de

Bank:

FDP Stadtverband Bendorf · IBAN DE69 5705 0120 0023 0026 86 · SWIFT-BIC MALADE51KOB



ARD-DeutschlandTrend SPD rutscht auf 18 Prozent ab
Stand: 01.02.2018 22:27 Uhr

Auf ein Rekordtief von nur noch 18 Prozent fällt die SPD im ARD-DeutschlandTrend. Dass es mehr als vier Monate nach der Wahl noch keine Regierung gibt, kann kaum jemand nachvollziehen. Von Ellen Ehni, WDR

Es sind keine guten Nachrichten für die SPD: In der aktuellen Sonntagsfrage von Infratest dimap für den *ARD-DeutschlandTrend* landet die Partei mit 18 Prozent auf Rekordtief. Das sind drei Punkte weniger als im letzten *Deutschlandtrend* für die *tagesthemen* Anfang Januar. Die Union kommt unverändert auf 33 Prozent. **AfD und FDP verbessern sich jeweils um einen Punkt und landen bei 14 bzw. 10 Prozent.** Die Linke steigt um zwei Punkte auf 11 Prozent; die Grünen sind stabil bei 11 Prozent.



Schulz so schlecht bewertet wie nie

Auch der SPD-Parteivorsitzende Martin Schulz wird so schlecht bewertet wie noch nie im *ARD-DeutschlandTrend*: 25 Prozent der Bürger sind mit seiner Arbeit zufrieden, fünf Punkte weniger als im Vormonat. Genauso viele Punkte büßt auch sein Parteikollege Sigmar Gabriel ein, aber der geschäftsführende Außenminister erreicht insgesamt 57 Prozent Zustimmung.

Mit der politischen Arbeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel sind 53 Prozent sehr zufrieden bzw. zufrieden (+1). Der geschäftsführende Innenminister Thomas de Maizière erreicht 47 Prozent (-2 im Vergleich zu September 2017). Der Chef des Bundeskanzleramtes und Interims-Finanzminister Peter Altmaier (CDU) erreicht 40 Prozent Zustimmung (-1 im Vergleich zum Vormonat). Die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles legt um 5 Punkte zu und erreicht 38 Prozent. Der CSU-Vorsitzende und bayrische Nachministerpräsident Horst Seehofer kommt auf 34 Prozent (+/-0).

Christian Lindner, FDP-Partei- und Fraktionsvorsitzender, erhält 31 Prozent Zustimmung (+4). Der neue Grünen-Parteivorsitzende Robert Habeck erreicht 17 Prozent Zustimmung (bisher kein Vergleichswert). Der Linken-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch erreicht 16 Prozent (-3 im Vergleich zu Dezember 2017). Mit der Arbeit des AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland sind 10 Prozent der Befragten sehr zufrieden oder zufrieden (+/-0 im Vergleich zu Dezember 2017).





Auszüge aus meiner Haushaltsrede vom 19. Dez. 2017



(Vorbemerkung: da ich meine Reden im Stadtrat immer nur anhand von Stichworten halte und bemüht bin, auf den Bürgermeister und meine vier Vorredner aus den anderen Fraktionen aktuell zu reagieren, kann ich den Inhalt meiner Ausführungen nur sinngemäß wiedergeben).

Zitat von Cicero: „Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen abgebaut, die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen (ich ersetze dies: ... an den Landkreis MYK mittels Kreisumlage) müssen verringert werden, wenn der Staat (ich ersetze dies: ... die Stadt) nicht bankrott gehen soll. Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten, statt

auf öffentliche Rechnung zu leben.“

Zur Kreisumlage: Bendorf muss hierfür fast 7 Mio. Euro abführen, der Kreishaushalt ist vor wenigen Tagen mit einem Überschuss von 8,4 Mio Euro verabschiedet worden.

Die mangelnde Unterstützung der Kommunen durch Bund und Land ist bereits von meinen Vorrednern thematisiert worden. Ich zitiere insoweit nur aus der heutigen Ausgabe der Rheinzeitung einen Vertreter der rheinlandpfälzischen Regierungspartei, nämlich Fred Pretz, VerbandsbGM. Vallendar:

„Diese Gelder stammen zum größten Teil aus kommunalen Töpfen. Da wird meistens nur Geld innerhalb der Städte und Gemeinden umverteilt.“

Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht zwar trotz Haushaltssperre ein Defizit von über 3,0 Mio Euro für 2018 vor. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass erhebliche Investitionen in Grundschulen und Kindertagesstätten vorgesehen sind, nach Jahrzehnten endlich die Umsetzung des Baugebietes Bendorf-Süd III und die Erschließung des zwischenzeitlich vollständig vermarkteten Gewerbegebietes Langfuhr.

Wir investieren ja laut Hh-Plan in 2018 weitere 500.000 € in die Sanierung und Erweiterung der betreuenden Bodelschwingh-Grundschule in Mülhofen (Gesamtsanierungskosten: 1,9 Mio €), die dringend notwendige Toilettensanierung an der Medardus-Grundschule ist mit 130.000 € veranschlagt. Bei den Kitas erinnere ich an das umfangreiche „Kita-Paket“ der letzten Sitzung:

- 6 gruppiger Kindergarten –Neubau im Lohweg für insgesamt ca. 3,7 Mio Euro,
- 2 Gruppen-Anbau an die Kita in Stromberg, 1 weitere Gruppe im HadeKi Bendorf,
- Erhalt der prov. Kita Mülhofen bis zur Fertigstellung des Stromberger Anbaus,
- Bestandsgarantie für den Kinderhort in Bendorf ein Jahr länger bis Sommer 2019.
- Auf die weiteren Verbesserungen in der Jugendarbeit komme ich noch gesondert zu sprechen, der Kunstrasenplatz Sayn (städt. Anteil 400.000) ist schon erwähnt worden.

Deshalb können wir nicht noch zusätzlich in diesem Jahr 40.000 € auf die Sanierung der Turnhalle in Sayn „draufsatteln“, wie es die SPD populistisch fordert, dabei aber gleichzeitig die hohe Verschuldung kritisiert. Wir haben im Stadtrat noch überhaupt nicht darüber diskutiert, wie die Zukunft dieser Halle aussieht, ob es Ausweichmöglichkeiten auf das Areal der Sayner Hütte (insbes. in die Kruppsche Halle) gibt, welche Sanierungskosten insgesamt entstehen und vieles mehr. Ohne ein Gesamtkonzept, das die SPD doch sonst immer verlangt, ist deren Änderungsantrag unseriös.

Auch dem zweiten Änderungsantrag der SPD, 30.000 € für den Ausbau des Weges „Obere Bleiche“ zu streichen, kann ich mich nicht anschließen. Der Ausbau dieses innerstädtischen Verbindungsweges ist ja bereits für den aktuellen Haushalt 2017 mit Mehrheit beschlossen worden, hätte also bereits durchgeführt werden sollen. Nur auf Grund der erwähnten vom Bürgermeister zur Jahresmitte angeordneten Haushaltssperre und auf Grund eines nicht gewährten Landeszuschusses für eine notwendige Stichstraße im Gewerbegebiet „Langfuhr“ ist die Umsetzung in 2017 unterblieben und musste um ein Jahr verschoben werden. Die Kollegin Eva Heuser (WUM-Fraktion) hat ja schon zu Recht darauf hingewiesen, dass dieser Fußweg, vom Volksmund „Schisspfädche“ genannt, ein innerstädtischer Schandfleck ist, den keine Frau sich traue, bei Dämmerung noch zu benutzen. Ich rufe ergänzend in Erinnerung, dass wir beschlossen haben, den dortigen Kinderspielplatz auszubauen, was eine Befestigung des Weges notwendig macht.



Die Idee, die neu geschaffene Pressestelle mit einem kw-Vermerk (künftig wegfallend) zu versehen, habe ich mir auch schon überlegt, aber in erster Linie deshalb, weil die Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung in den letzten Monaten viel zu zurückhaltend erschien, sozusagen wie auf Tauchstation gegangen. Ich will dies an drei Beispielen erläutern.

Erstens: Jugendliche und junge Erwachsene informieren sich, ob wir das wollen oder nicht, in erster Linie in den sog. „sozialen Netzwerken“ (der Kollege Beckgerd nannte sie soeben „Asoziale Netzwerke“), beispielsweise bei Facebook über das, was in Bendorf passiert. Sachliche aber auch oft von Fakten befreite Behauptungen sowie Verleumdungen prägen dort die kommunalpolitische Diskussion. Stadtverwaltung und Stadtrat sind aber dort nicht vertreten. Es wäre wichtig, eine faktenorientierte Darstellung wichtiger Entscheidungen auch in den sozialen Netzwerken zu publizieren. Zweitens: Wir haben in der letzten Stadtratssitzung ein kosten- und arbeitsintensives Programm zur Jugendarbeit, Kita-erweiterungen, Ferienfreizeiten und Grundschüler-Betreuung verabschiedet mit Millionenaufwand für Kinder und Jugendliche in den kommenden Jahren. Hierzu gehört neben den bereits eingangs erwähnten Vorhaben die Verpflichtung der Verwaltung, bis zu genau festgelegten Zeitpunkten ausreichende Alternativen für eine Ganztagsbetreuung und für die Ferien zu schaffen (und nicht nur „mitzuwirken“), und zwar nicht nur für 20 sondern für 500 Grundschul Kinder – einschließlich einer ständigen Berichtspflicht gegenüber dem Stadtrat. In der Öffentlichkeit ist aber der gegenteilige Eindruck hängengeblieben: „Die Stadtratsmehrheit schließt den Kinderhort und vernachlässigt Kinder und Jugendliche. Für alles wird Geld ausgegeben (verschwendet), aber bei den Schwächsten spart man ein. Die sollten sich schämen ...!“ Ich habe dem Bürgermeister vorgeschlagen, eine Zusammenstellung der Projekte und der damit verbundenen Ausgaben an die Presse zu geben. Außer einer Pressemitteilung des FDP-Stadtverbandes Bendorf ist aber nichts von dem „Zukunftsprogramm Jugend“ an die Öffentlichkeit gelangt.

Drittens: Vor kurzem erschien im Kleeblatt, wo sich die meisten Bürger über kommunalpolitische Vorgänge informieren, ein kritischer Artikel von Herrn Lindemann zur Kulturpolitik der Stadt. Er gab dort u.a. an, ein bekannter Bendorfer Künstler habe der Stadt einen Teil seiner Kunstwerke kostenlos angeboten, aber noch nicht einmal eine Antwort erhalten. Ich habe ständig darauf gewartet, dass sich die Verwaltungsspitze zu diesem Vorwurf äußert. Stattdessen: Öffentlichkeitsarbeit = Fehlanzeige.

Auch die Beantwortung von Vorschlägen der Bürger zum Hh-Entwurf erscheint mir zu passiv/formalistisch, sie motiviert nicht zum Mitmachen. Von 17.000 Einwohnern haben sich ja diesmal gerade zwei mit Vorschlägen eingebracht mit Stellungnahmen zu einem Bahnhaltelpunkt bzw. zu Wohnmobilstellplätzen.

Da die FDP-Fraktion in der letzten Amtsperiode des Stadtrats, dem Sie, Herrn Bürgermeister, damals nicht angehört haben, zu diesen beiden Projekten umfangreiche Fragen und Vorschläge eingebracht hatte, möchte ich hierauf auch etwas ausführlicher eingehen, zumal ich mich eingehend mit der Thematik befasst habe.

Einen Bahnhaltelpunkt in Bendorf hatte der Stadtrat schon vor Jahrzehnten beschlossen, auf der Grundlage einer großen Zustimmung in einer Bürgerbefragung, auch wenn es Kosten verursache, In einer späteren Beigeordnetenbesprechung ist dieser Beschluss des Stadtrates damals als zu kostenintensiv nicht weiterverfolgt worden – ein merkwürdig undemokratischer Vorgang. Unsere Anfrage in der letzten Amtsperiode erbrachte keine neuen Ergebnisse, aber jetzt hat die Bahn mit der Bereitschaft der Kostenübernahme ein Programm aufgelegt, das einen Bahnhaltelpunkt auf Bendorfer Gelände vorsieht. Ich hätte nach dieser Bahn-Mitteilung vom Juli 2016, also vor anderthalb Jahren, von der Stadtverwaltung erwartet, dass sie sich in den Planungsprozess aktiv einschaltet, hohes Interesse bekundet und mit den zuständigen Stellen Kontakt aufnimmt, um informiert zu sein und ggf. das Verfahren auch zu beschleunigen. Die jetzige Stellungnahme der Verwaltung strotzt dagegen von Passivität: nicht zuständig, aus der Presse davon erfahren, zu gegebener Zeit ... Es heißt wörtlich: „Konkrete Ergebnisse der neunitiierten Planungsüberlegungen des Landes und der DB Netz liegen der Verwaltung noch nicht vor. Zuständig für den Schienenpersonennahverkehr ist der Zweckverband SPNV Nord, in welchem die für den ÖPNV zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte Mitglied sind. Von dort wurde im Juli 2016 bekannt gegeben, dass in Bendorf ein Haltepunkt geplant ist und die Umsetzung ca. 5 bis 8 Jahre dauern wird. Verbandsfreie Gemeinden wie Bendorf haben grundsätzlich – außer Anhörung/Benehmen – keine Kompetenzen im ÖPNV/SPNV. Der Rat wird in diesem Rahmen zu gegebener Zeit mit dem Thema befasst.“

Ähnlich geht die Verwaltung mit dem Bürger-Vorschlag nach Wohnmobilstellplätzen um. „Die Parkplätze im Bereich der Sayner Hütte sind durch eine Stellplatzverpflichtung im Rahmen der Baugenehmigung als Parkplätze für die Sayner Hütte gebunden. Eine Umwidmung zu Wohnmobilstellplätzen ist rechtlich nicht möglich. Die Verwaltung ist



weiterhin bemüht, einen geeigneten Platz zur Errichtung von Wohnmobilplätzen in Bendorf zu finden. Der Rat wird zu gegebener Zeit mit dem Thema befasst.“

Bendorf verschläft hier die wirtschaftliche Entwicklung mit großen Einnahmemöglichkeiten, während Andernach, Urmitz und jetzt sogar Rhens solche Plätze anlegen bzw. erweitern.

Die FDP hatte in der letzten Amtszeit hierzu umfangreiche Vorschläge unterbreitet. Nachdem zunächst wiederholt erklärt wurde, was nicht geht („Außengelände, Überschwemmungsgebiet, zu enge Zufahrt usw.“) legte Herr Prüm 2014 auf unseren Antrag hin eine Skizze vor, wonach ein Randstreifen zwischen PP Sayner Hütte und Schwimmbad denkbar wäre. Dieser Vorschlag sollte in den Fraktionen beraten werden. Seither schlummert er dort. Meine Anfrage vom 22.1.2017 erbrachte keine neuen Erkenntnisse.

Ich komme auf das uns in einem dicken Ordner vorliegende Zahlenwerk des Hh-Planentwurfs für 2018 zurück. Der Kollege Helling (CDU) hat ja bereits dargestellt, dass den Einnahmen von rund 13 Mio Euro allein knapp 7,0 Mio Euro Kreisumlage und Netto-Personalaufwendungen von rund 6 Mio Euro gegenüberstehen, wobei auch die Einstellung neuer Erzieher/-innen die Personalkosten erhöht.

Einsparungsbemühungen sind wichtig, können aber das strukturelle Defizit, unter dem Bendorf leidet, nicht ausgleichen, zumal die Gewerbesteuer wegen des Wegfalls großer Gewerbesteuer-zahler geringer ausgefallen sind als erhofft und neue Firmen erst im nächsten Jahr hier angesiedelt werden. Wir zahlen durch genau benannte Sparmaßnahmen 50.000 Euro mehr in den sog. „Schuldentilgungsfond“ ein als wir 2012 zugesagt haben, können aber gleichwohl den Anstieg der Liquiditätskredite nicht stoppen. Die SPD weigert sich, Sparvorschläge aufzuzeigen mit der Begründung, das wäre die Aufgabe des Bürgermeisters, verweigert aber ohne Alternativen zu kennen die Zustimmung und hat offenbar bereits in den Kommunalwahlkampfmodus umgeschaltet.

Ich begrüße es, dass die Verwaltung keine Steuererhöhungen vorschlägt, obwohl die Aufsichtsbehörde dies fordert, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Über eine Anpassung der teilweise sehr geringen Kostendeckungsgrade bei öffentlichen Dienstleistungen werden wir gezwungenermaßen reden müssen, dazu bin ich auch grundsätzlich bereit. (Anmerkung für die Leser dieser Zusammenfassung – das habe ich in der Rede natürlich nicht konkret erwähnt: wir subventionieren z.B. jeden Schwimmbadbesucher mit fast 10,00 Euro seit mehreren Jahren bei einem Schwimmbad-Defizit von über 200.000 Euro pro Jahr).

Der Hh. enthält wichtige Zukunftsinvestitionen im Grundschul- und Kita-Bereich (z.B. werden wir ca. 800 Kita-Plätze vorhalten). Das Baugebiet Bendorf-Süd III mit einem Sondergebiet für betreutes Wohnen/Senioren wird endlich in Angriff genommen, im Entwurf sind sogar schon über 100.000 Euro für den Neubergsweg vorgesehen, das ehemalige Poly-One-Gelände wird für eine Wohnbebauung privat geplant. Zur Innenstadtsanierung laufen intensive Gespräche mit dem Verkehrsministerium und dem LBM, die Anwohner- und Kundenbefragung ist wohl abgeschlossen (Bürger-Workshop soll im März stattfinden), 150.000 Euro sind erneut für den Ankauf innenstadtrelevanter Gebäude vorgesehen. Für ein Tourismuskonzept sind 40.000 Euro eingeplant, die bessere Beschilderung von Fahrradwegen ist nach einer aktuellen Kostenzusage des LBM laut der letzten Sitzung im Wirtschaftsförderungsausschuss in Kürze zu erwarten. Die Bevölkerungsentwicklung hat sich seit 2013 von 16.855 auf 17.264 erhöht, die private Bautätigkeit in der Stadt nimmt zu, was man bei den Sitzungen des Planungsausschusses mitverfolgen kann. Das kulturelle Angebot ist erheblich erweitert worden, die Bewirtschaftung der Kruppschen Halle/Sayner Hütte liegt jetzt in den Händen der entsprechenden Stiftung, wobei die eingebrachten Vermögenswerte der Stadt auch für diese bilanziert werden (Vermögenserhalt). Die heute beschlossene Abgabe des Eisenkunstguss-Museums an die Stiftung entlastet die Stadt um jährlich mindestens 70.000 Euro, allerdings erst ab 2020.

Ich stimme deshalb – wenn auch schweren Herzens - dem Haushalt für 2018 zu.

Herbert Speyerer, Dezember 2017